

DIE ZEITUNG DER DELEGATION DIE LINKE. IM EUROPAPARLAMENT

# europa **ROT**



Für ein **EU**ropa  
der **SOLIDARITÄT**,  
nicht der GroKo ...

... stimmen wir deshalb  
das Solidaritätslied an.

» Vorwärts und nicht vergessen  
worin unsre Stärke besteht! ... «

# Meine Solidarität der Völker...



... Letztes Jahr feierten die Eliten aus der EU und den Mitgliedstaaten die Römischen Verträge – die Grundlage der heutigen Europäischen Union. Wir sahen wenig Grund zum Feiern denn in der neoliberal geführten EU bricht die Solidarität weg. Die Kürzungsdiktate, die Rettungen privater Banken, die Privatisierung des Öffentlichen, das Scheitern der Klimapolitik, die Verweigerung verbindlicher sozialer und ökologischer Mindeststandards und die aggressive anti-Migrationspolitik zerstören das Vertrauen vieler Bürger\*innen in das europäische Projekt.

Wenn wir als Linke in Europa diese EU vom Kopf auf die Füße stellen wollen, müssen wir Teil der Debatte um die Zukunft Europas werden. Ein Ausgangspunkt könnte das Manifest von Ventotene sein. Darin forderte eine Gruppe um den anti-Faschisten Altiero Spinelli vor über 70 Jahren ein sozialistisches Europa: Für die Freiheit der Menschen, gegen Kriege in Europa. Linke Intellektuelle haben sich das Manifest erneut vorgenommen: Abgeordnete der EP-Linksfraktion GUE/NGL, darunter seine Tochter Barbara Spinelli, haben ihre Beiträge veröffentlicht. Es ist Zeit für eine linke Vision von einem solidarischen, sozialistischen und weltoffenen Europa!

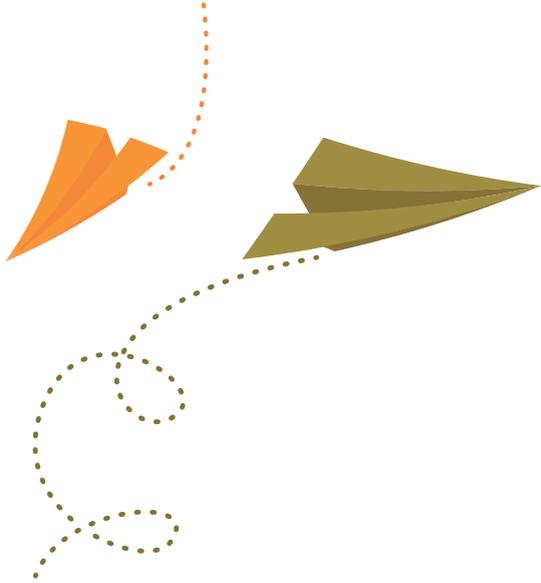
**Gabi Zimmer**  
Vorsitzende der EP-Linksfraktion  
GUE/NGL  
[www.gabizimmer.eu/  
her-mit-dem-sozialistischen-  
europa/](http://www.gabizimmer.eu/her-mit-dem-sozialistischen-europa/)

... ist, es auszuhalten mit der Unterschiedlichkeit des Lebens, sie zu feiern als Einzigartiges und zu schützen als Kostbares. Das Leben als Vielfalt zu begreifen, ohne alles begreifen zu müssen, ohne Schablonen und Schubladen zu benötigen, ohne nachzuforschen, warum, wer, woher kommt und was er oder sie denn hier wolle. Erst zu ruhen, wenn niemandem mehr auffällt, dass der Banknachbar in der Schule schwarze Haut hat, wenn es uninteressant ist, dass die Verwaltungschefin im Rathaus eine Romni ist und wenn zwei Männer, die sich auf der Straße küssen, Normalität geworden sind. Meine Solidarität der Völker schert sich nicht um Völker, aber um Menschen, nicht weil sie irgendwohin gehören, sondern weil sie sind, was sie sind: Menschen, mit denen ich lache und weine, mich über Dinge streite oder auch nicht. Zurückzukehren zu dem was wir sind, was uns verbindet, was uns in Gänze ausmacht, ist das Maß an Solidarität, das wir alle brauchen, es ist gar überlebensnotwendig. Friedlich, demokratisch und human.

**Cornelia Ernst**  
Sprecherin der Delegation

... Europäische Solidarität heißt für mich, dass Betriebsräte und Vertrauensleute grenzübergreifend für die Belange ihrer Beschäftigten eintreten. Sie zeigt sich, wenn auf Sizilien der Bürgermeister von Palermo, Leoluca Orlando, per Dekret einfach alle dort lebenden Menschen zu Bürger\*innen der Stadt erklärt, ohne Rücksicht auf deren Herkunft. Wenn in Frankreich Menschen ihre Häuser und Herzen für Geflüchtete öffnen, obwohl dies gesetzlich unter Strafe gestellt ist. Wenn in Berlin und Brüssel Menschen – Kurd\*innen, Deutsche und viele andere – demonstrieren, weil der NATO-Partner Erdoğan die Kurd\*innen in Nordsyrien bombardiert. Wenn selbstorganisierte Schiffe mit Besatzungen von Freiwilligen im Mittelmeer patrouillieren, um Flüchtende aus kaum schwimmfähigen Booten vor dem Ertrinken zu retten. Wenn in Berlin oder Paris Menschen in Cafés zwei Kaffee und eine davon an Bedürftige spenden. Wenn in Ostritz oder Demmin Menschen gemeinsam aufstehen gegen Nazis. Diese Solidarität gibt Kraft und Hoffnung.

**Thomas Händel**  
Arbeitspolitischer Sprecher  
der Delegation



... ist der Ausgleich zwischen Nord und Süd, zum Wohle aller. Von sozialer Gerechtigkeit und Regulierung, über Antikapitalismus und Antifaschismus, sowie grenzenloser Solidarität mit über 60 Millionen Menschen auf der Flucht bis zum Verbot von Waffenexporten.

Das geht nur mit Umverteilung, dem Ausbau öffentlicher Dienste und Investitionen, sowie mit Kontrolle und Entmachtung von Banken und Konzernen. Es muss den kapitalistischen Wirtschaftsinteressen und der Militarisierung entgegengetreten und stattdessen die allseitige Entwicklung aller angestrebt werden. Im Eigeninteresse der Menschen, die miteinander gut leben können und wollen. Wir müssen neue Perspektiven aufzeigen und Alternativen von unten aufbauen. Dazu gehört auch, zu sagen was ist und den herrschenden neoliberalen Interpretationen sowie den rechten Kritiker\*innen eine progressive, politökonomisch fundierte Sichtweise gegenüberzustellen. Eine solidarische Zukunft braucht radikale Reformen – auch in der EU.

**Sabine Lösing**

Friedenspolitische Sprecherin  
der Delegation



... Meine Solidarität der Völker ist bunt und könnte schlicht bedeuten, dass eine Fußballweltmeisterschaft ohne politische Instrumentalisierungen auskommt, der Sport ohne Doping und dass wir bei einer Fußballweltmeisterschaft nicht automatisch an Männerfußball denken, so sehr ich mit den Teams auch mitfiebere, doch Weltmeisterin können Frauen genauso.

Andererseits ist meine Solidarität der Völker auch voller Kultur und wechsellvoller Geschichte, weshalb ich heute nicht so einfach von Völkern, sondern lieber von allen Menschen spreche, in einer Welt, in der es immer Migration geben wird, nur müssten wir endlich den größten Teil der Gründe beseitigen: Hunger, Bomben, Dürre müssen wir überwinden und anstatt sich abzuschotten, könnte Europa hier vorangehen. Um das durchzusetzen, braucht es viele, die über den Tellerrand hinausschauen (können).

**Martina Michels**

Kulturpolitische Sprecherin  
der Delegation



... ist ein sozialistisches und antifaschistisches Europa. Als Linke können wir, zum Glück, miteinander solidarisch streiten. So haben wir auch in der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke unterschiedliche Haltungen zu den verschiedensten Themen: zu den Fischfanggebieten der EU, zu den Kompetenzen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde, der Ausgestaltung der Unternehmenssteuergesetzgebung und auch über die wichtige Frage, wie soll es überhaupt weitergehen mit der EU? Aber jetzt ist die Zeit, die größeren und kleineren Unterschiede beiseite zu lassen. Gegen den anhaltenden Rechtsruck in Europa bedarf es einer geeinten Linken. Gegen die anhaltende Politik der schwarzen Null und die Spar- und Kürzungsorgien bei Bildungs- und Sozialsystemen und gegen weitere Einschränkungen bei Arbeitnehmer\*innenrechten bedarf es dieser geeinten Linken. Denn wenn es darum geht, gemeinsam für ein Europa ohne Mega-Konzerne zu streiten und gegen die Macht der Lobbyist\*innen und Bankhäuser zu kämpfen, herrscht eine unglaubliche Solidarität, die wir uns immer vor Augen führen sollten, um unser gemeinsames Ziel nicht außer Acht zu lassen: Ein sozialistisches und antifaschistisches Europa.

**Martin Schirdewan**

Finanzpolitischer Sprecher der  
Delegation



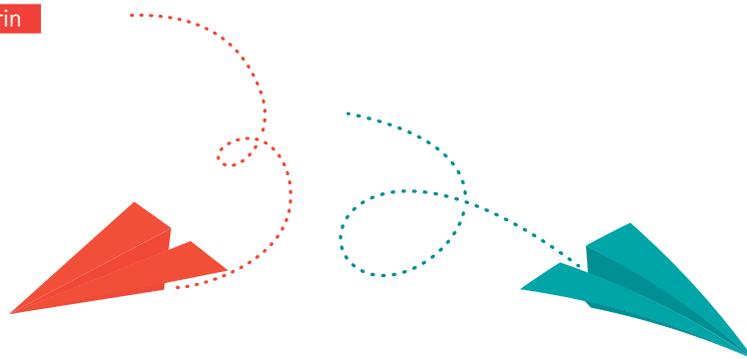
... Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker – warum sollte es auch weniger sein? Protektionismus, Handelskriege, Sklavenarbeit, bedingungslose Profiterwirtschaftung für einige wenige auf Kosten ganzer Gesellschaften, Ressourcenverschwendendes Wachstum, »America first« und andere Erscheinungen aus dem vorherigen Jahrtausend sind im 21. Jahrhundert und einer globalisierten Welt genauso fehl am Platz wie damals ...

Nur vereint in echten Partnerschaften – und das auf Augenhöhe! – dürfen wir uns in Europa und in der Welt begegnen. Ausbeutung und Übervorteilung bringen bestenfalls kurzfristig Vorteile, schaffen jedoch Probleme, die mit großer Macht zu uns zurückkommen werden. Im internationalen Handel, jedoch bei weitem nicht nur dort. Fair muss Handel sein, und Nachhaltigkeit und gute Arbeit sind ebenso wichtige Schlagwörter. Denn: Nur noch zwölf Jahre verbleiben zur Umsetzung der Selbstverpflichtung aller UNO-Mitglieder zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungs-Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen.

Solidarität bedeutet ferner nicht nur Kooperation sondern auch Ehrlichkeit im Umgang miteinander. Probleme sind untereinander anzusprechen, Konfrontation und egoistische Droh- wie Erpressungsspiralen sind nicht länger akzeptierte Mittel der Politik. Grundrechte der Menschen und gemeinsame Werte sind von allen Seiten gleichermaßen zu achten, zu verteidigen und einzufordern. Rückschritte darf es nicht mehr geben. Eine Utopie? Vielleicht. Aber wer aufhört zu träumen, braucht auch nicht mehr zu kämpfen.

**Helmut Scholz**

Handelspolitischer Sprecher  
der Delegation



» ... Beim Hungern und beim Essen  
Vorwärts, nie vergessen  
Die Solidarität! «



» Auf, ihr Völker dieser Erde!  
Einigt euch in diesem Sinn: ... «

von Sabine Lösing

## Mörderische Festung EUropa: Abschottung um jeden Preis



Foto: Oliver Hansen

Jetzt haben wir nach dem Massen-  
grab Mittelmeer ein neues Massen-  
grab: die Wüsten!

Doch auch der schändliche Deal, den  
die EU mit Erdoğan gemacht hat,  
zeigt, wie absurd diese ganze Politik  
ist. Milliarden Euro werden an die  
Türkei bezahlt, in ein Land, das sich  
weit von einem Rechtsstaat entfernt  
hat – und an eine Regierung, die wie-  
derum durch die völkerrechtswid-  
rigen Angriffe auf Afrin dafür sorgt,  
dass wieder zigtausende Menschen  
in die Flucht gezwungen werden.

Gleichzeitig wird immer vollmundig  
gesagt: »Wir müssen Fluchtursachen  
bekämpfen!« Da sind wir uns alle ei-  
nig. Aber was bedeutet es, Fluchtur-  
sachen zu bekämpfen im Sinne der  
EU?

Wenn man es genau nimmt, so ist  
die eigentliche Interpretation der  
EU, die Möglichkeit zu bekämpfen,  
dass Menschen überhaupt flüchten  
können. Anstatt die zerstörerische  
EU-Politik zu ändern, das heißt Ar-  
mut und Perspektivlosigkeit vor Ort  
tatsächlich zu bekämpfen, werden  
die Flüchtenden aktiv bekämpft mit  
immer mehr Geld, immer höheren  
Mauern und immer mehr Militär!

Es ist Fakt, dass Armut Ursache von  
Gewalt und Bürgerkriegen ist. Es ist  
ebenfalls ein Fakt, dass die EU maß-  
geblich an der Ausbeutung und Ver-  
armung des Globalen Südens betei-  
ligt ist und seinen Reichtum darauf  
begründet. Und es ist ein weiterer  
Fakt, dass die derzeitige EU-Politik  
die daraus resultierenden Konflikte  
immer mehr militärisch unter Kon-  
trolle bringen will.

Jedoch es ist gerade diese EU-Kriegs-  
politik zusammen mit den immer wei-  
ter steigenden EU-Rüstungsexporten,  
die für eine weitere Destabilisierung  
sorgen und noch mehr Menschen  
zwingen, ihre Heimat zu verlassen.  
Solange es keinen radikalen Politik-  
wechsel gibt, der Armut und Kriege  
nicht weiter befeuert, werden Men-  
schen auch in Europa Schutz suchen.  
Ganz im Sinne der Gruppe Lampedu-  
sa Hamburg, die auf Demonstrationen  
skandieren: »They make war and  
war makes refugees!«

Die EU bezeichnet sich selbst als  
Raum der Freiheit und des Rechts.  
Leider wissen wir alle, was hier un-  
ter »Freiheit« verstanden wird: Es  
ist die Freiheit des Kapitals. Man  
versteht darunter die neoliberale  
Freiheit; die Freiheit, ein neoliberales  
Wirtschaftsmodell ungehindert  
global und auf allen Ebenen durch-  
zusetzen. Dass diese Politik die  
Ökonomien und in deren Folge die  
Sozialstrukturen in den Ländern der  
vormaligen »Dritten Welt« zerstört,  
wird billigend in Kauf genommen, ja  
sogar forciert.

Die EU sieht sich auch als Raum des  
Rechts und es werden die huma-  
nistischen Werte, die »christlich-jü-  
disch-abendländischen« Werte, für  
die die EU mit ihrer Politik ange-  
blich einstünde, nach vorne gestellt.  
Doch mit Blick auf die sogenannten  
»Migrationspartnerschaften«, die

mit Ländern abgeschlossen werden  
aus denen Menschen aufgrund von  
Armut, Ausbeutung und Krieg flie-  
hen, spielen Menschenrechte und  
Rechtsstaatlichkeit anscheinend  
keine Rolle mehr. Es geht darum, die  
Menschen auf jede Art und Weise  
von der Flucht aus ihren Heimatlän-  
dern abzuhalten und die EU-Außen-  
grenzen immer weiter in diese »Part-  
nerländer« zu verlagern – Stichwort:  
Externalisierung des europäischen  
Grenzschutzes. Im Klartext bedeutet  
das, dass immer mehr Entwicklung-  
hilfegelder missbraucht werden, um  
repressive Regime und Diktatoren  
beziehungsweise deren Militär- und  
Polizeiapparate massiv zu unterstüt-  
zen und aufzurüsten. Das geschieht  
momentan vor allem in Nordafrika  
und in der Sahelregion. Diese von der  
EU gesponserten Repressionsmittel  
werden gegen die eigene Bevölke-

rung eingesetzt, um zuallererst die  
Menschen von der Flucht abzuhalten  
oder aber Geflüchtete daran zu hin-  
dern europäische Länder zu errei-  
chen.

Ein Beispiel für diese zynische und  
perfide EU-Politik ist der Besuch af-  
rikanischer Staaten durch Bundes-  
kanzlerin Angela Merkel im Oktober  
2016. Gleich nach ihrem Staatsbe-  
such wurde im Niger damit begon-  
nen, die nigrische Armee gezielt  
an Wasserstellen zu positionieren,  
die vor allem von Geflüchteten auf  
ihrem Weg durch den Niger aufge-  
sucht wurden. Resultat dieser Akti-  
on war und ist, dass die Menschen  
gezwungen sind ihre Route zu än-  
dern, um nicht vom Militär oder Po-  
lizei verhaftet zu werden. Dies führt  
wiederum dazu, dass viele Geflüch-  
tete riskantere Routen wählen und  
oftmals in der Wüste verdursten.

von Martina Michels

## EU-Türkei: Beste Freunde?

Die EU macht Deals vorbei am internationalen Asylrecht. Die Türkei wählt im Ausnahmezustand. Zum dritten Mal in drei Jahren wird am 24. Juni das Parlament und überdies die Präsident\*in gewählt. Erdoğan's Manöver ist durchschaubar. Es erinnert an die Abstimmung zum Verfassungsreferendum im April 2017, zu dem auch die EU-Kommission in ihrem jüngsten Türkei-Fortschrittsbericht ernsthafte Bedenken ob der negativen Auswirkungen des Ausnahmezustands festhält, den unlauteren Wettbewerb bemängelt und deshalb die Integrität der Wahlen per se in Frage stellt.

Jetzt nutzt Erdoğan den Kriegspatriotismus nach dem völkerrechtswidrigen Einmarsch in Afrin und will mit neuer Machtfülle die innertürkischen Konflikte ersticken. HDP-Abgeord-

neten drohen weitere Immunitätsaufhebungen. Freie Wahlen wird es nicht geben.

Der Blick der EU-Kommission auf die Türkei ist kritisch, doch an die eigene Nase fasst man sich dabei besser nicht. Im jüngsten Bericht werden die Integrationsleistungen gegenüber 3,5 Millionen Menschen, die aus Syrien geflüchtet sind und gegenüber 365.000 Menschen aus anderen Regionen gewürdigt. Darüber, dass die Türkei die Genfer-Flüchtlingskonvention nur eingeschränkt ratifiziert hat, wird geschwiegen. Erdoğan's Ansiedlungsstrategien in Nordsyrien erwähnt die Kommission mit keinem Wort. Allerdings kommt sie nicht umhin festzuhalten, dass es keine Fortschritte bei kurdischen Binnenflüchtenden gab, 1,3 Millionen Menschen waren 2015 davon di-

rekt betroffen. Wenn man sich beim Zypernkonflikt von EU-Seite ehrlich macht, so unterlässt man es andererseits, eine völkerrechtliche Bewertung der aggressiven Außenpolitik der Türkei zu liefern.

Nun drängt die Türkei auf die Erneuerung der Zollunion, auch viele Unternehmen aus der EU machen Druck. Im EU-Türkei-Deal wurde überdies die Visaliberalisierung versprochen, obwohl hier das Parlament das letzte Wort hat. Auf der Sitzung des Gemeinsamen Parlamentarischen Ausschusses EU-Türkei, der nach drei Jahren erstmalig wieder tagte, forderte eine Abgeordnete der Rechtaußenpartei MHP, »endlich die ökonomischen Fragen von den politischen zu trennen, die Zollunion wollen doch alle«. Da platze mir, wie man so schön sagt, der Kragen: »Genau das geht nicht, denn die Garantie der Menschenrechte sollten Beitrittskandidaten und Mitglieder der EU gleichermaßen akzeptieren. Sie sind die Wertegrundlage der EU und kei-



ne Modedebatte, genauso wenig wie der Zypernkonflikt.«

Mir war schon klar, dass ich eins zu eins dasselbe hätte der Kommission und dem Rat zurufen können. Der Tiefpunkt der EU-Türkei-Beziehungen ist unübersehbar. Es ist an uns, mit unseren kurdischen und türkischen Freundinnen und Freunden die Hoffnung auf eine demokratische Türkei wachzuhalten, nicht wegzuschauen und keine Türen zuzuschlagen. Wahl- und Prozessbeobachtungen, Solidarität mit Journalistinnen und Journalisten sind hilfreich und am Ende des Tages ein Stück Aufklärung und Unterstützung.

von Cornelia Ernst

## »Auf, ihr Völker dieser Erde, einigt Euch in diesem Sinn ...«

Ja, wir brauchen in Europa eine humanistische Flüchtlingspolitik. Grenzen sind weder neutral noch formell, sie sind zum Inbegriff der Unmenschlichkeit geworden, haben tausende Menschen, die ihre Heimat verlassen, zu »stranded people« gemacht, Unzähligen wurden sie ein Grab. Das Asylrecht gehört zu den zivilisatorischen Leistungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Dieses als individuelles Recht eines jeden Menschen anzuerkennen, war ein historischer Fortschritt, der nicht preisgegeben werden darf.

Ich bin in den letzten Jahren an vielen Schauplätzen verfehlter Asylpolitik gewesen. Wir haben als Fraktion die sogenannte Balkanroute Land für Land aufgesucht, konnten den EU-Türkei-Flüchtlingsdeal live erleben, in den Hotspots auf den griechischen Inseln und in türkischen Abschiebegefängnissen. Wir waren im Sudan, mit dem schmutzigen Abkommen geschlossen wurden, um Geflüchtete in der Arabischen Wüste zu stoppen und haben mit Fischern vor Lampedusa gesprochen, die nicht mehr fischen wollten, weil sie immer wieder auf Tote stießen. Alle wissen es, die EU, die Mitgliedstaaten, Journalist\*innen, NGO's – die Asylpolitik ist gescheitert, das so genannte Dublin-Verfahren, das die Erstaufnahmestaaten überlastet, ist gescheitert. Als die Kommission 2016 einen neu-



Ungarische Grenzpolizei, Röske, 14.9.2015

en Versuch startete, das europäische Asylsystem zu reformieren, waren wir skeptisch, weil wir ahnten, dass dies zur Verschärfung des Asylrechtes führen könnte. Der Entwurf, den dann die Kommission zur Dublin-Verordnung auf den Tisch legte, bestätigte unsere Sorgen. Der schlimmste Vorschlag darin war, eine Zulässigkeitsprüfung von Asylanträgen vorzunehmen und dabei das Konzept der so genannten sicheren Drittstaaten anzuwenden. Konsequenterweise umgesetzt, würde das die Auslagerung der Asylpolitik in Vorfelddländer, wie

in Nordafrika oder der Sahelzone bedeuten, ein Großteil der Asylanträge würde gar nicht erst behandelt werden.

Der EU-Türkei-Deal würde damit zum Grundprinzip der »EU-Flüchtlingsabwehr« werden. In den Verhandlungen zum Gesetzentwurf der Kommission haben sich deshalb Sozialist\*innen

und Sozialdemokrat\*innen, Grüne und Linke im Europaparlament zusammengeschlossen und ein Gegenmodell entworfen und auch durchsetzen können. Der Kommissions-Entwurf wurde radikal verändert, das Parlament hat die Zulässigkeitsprüfung gestrichen und einen Kriterienkatalog eingeführt, der Bedürfnisse von Geflüchteten berücksichtigt, wie das Recht auf Familienzusammenführung; die Anerkennung sozialer Anknüpfungspunkte als Grundlage dafür, in einem bestimmten Mitgliedstaat den Asylantrag bearbeitet zu bekommen. Hinzu kommen starke Rechtsmittel für Geflüchtete, ein besonderer Schutz von Minderjährigen, für die vereinfachte Verfahren gelten sollen.

Dieser Parlamentsbeschluss ist der progressivste, den das EP jemals zur Asylpolitik gefasst hat. Ihn zu verteidigen, wird eine Herkulesaufgabe werden, gegen den Rat, der bis heute noch nicht einmal handlungsbereit ist und gegen den Mainstream in den Mitgliedstaaten. Wir kämpfen für ein Europa, das Solidarität lebt und Geflüchtete als willkommenen Nachbarn versteht.

» ... Daß sie jetzt die eure werde  
Und die große Nährerin. «

## » Schwarzer, Weißer, Brauner, Gelber! Endet ihre Schlächterein! ... «



Martin Schirdewan am 1. Mai 2018 in Erfurt

von Martin Schirdewan

# Antifaschismus ist international!

»Stell Dir vor, in Deutschland gebe es eine Stiftung und ein Mausoleum für Adolf Hitler«, erzählte mir vor Jahren ein spanischer Genosse. »Denn so etwas haben wir in Spanien für Franco und den ehemaligen Gründer der faschistischen Falangisten, José Antonio Primo de Rivera«, fuhr er fort. Was mich damals sprachlos zurückließ, konnte ich vor einigen Wochen persönlich mit anderen Abgeordneten des Europäischen Parlaments erleben.

Bei dem Valle de los Caídos (Tal der Gefallenen) handelt sich um ein Politikum in Spanien: Es umfasst Massengräber von Gefallenen des Krieges, darunter auch Massengräber von bislang nicht identifizierten Kriegsgefangenen, die dem Diktator Franco in pharaonischer Manier dessen Mausoleum errichten mussten und beim Bau ihr Leben ließen. Eine Grabstätte, die seinen Anhänger\*in-

nen und anderen – auch deutschen Rechtsradikalen – bis heute als Wallfahrtsort dient. Und natürlich wurde unser Besuch in nationalistischen und rechtsradikalen Gruppen angekündigt, was für uns vor Ort in Anfeindungen und Androhung von Gewalt mündete.

Am 1. Mai stand ich an der Seite der Thüringer Linken, Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, NGOs und der Antifa in Erfurt auf der Straße, um gemeinsam zu demonstrieren. Für bessere Arbeitsbedingungen, aber auch gegen Nazis, die sich an diesem Tag in Erfurt und an vielen Orten in Deutschland versammelten, um ihrem menschenfeindlichen Hass Ausdruck zu verleihen.

Die rechte Bewegung ist in den vergangenen Jahren in ganz Europa bei Wahlen erstarkt. Dabei profitieren sie von den Folgen der europaweiten Spar- und Kürzungspolitik, etwa

vom Abbau sozialer Sicherungssysteme. Die Unsicherheit, die eigene Zukunft, das eigene Leben nicht langfristig planen zu können, machen sie sich geschickt zunutze, indem sie Minderheiten gegeneinander ausspielen.

Im Europäischen Parlament rotten sie sich derzeit gleich in drei Fraktionen zusammen. Sie firmieren unter der Bezeichnung »EFDD« (Europe of Freedom and direct Democracy), in der sich die britische UKIP und der Vorsitzende der AfD, Jörg Meuthen, zu Hause fühlen; »ENF« (Europe of Nations and Freedom) mit dem Front National von Marine Le Pen und »EKR« (Europäische Konservative und Reformisten – die Fraktion der Lucke-AfD), deren zweitstärkste Partei die rechtspopulistische, polnische Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) ist. Gemeinsam stellen sie mittlerweile über 20 Pro-

zent der Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Die jüngsten Wahlergebnisse in Mitgliedsländern wie Österreich, Italien, Tschechien, Ungarn oder Frankreich lassen wenig Hoffnung aufkommen, dass ihre Erfolge bei den kommenden Wahlen versiegen werden.

Die europäische Linke muss das Bollwerk gegen diesen Rechtsruck in Europa sein. Unsere Antworten auf die Rechtsentwicklung kann auf der Straße wie im Parlament nur ein konsequenter internationalistischer Antifaschismus sein. Wir wenden uns gegen jede Politik der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit, gegen jeden Rassismus und jede Diskriminierung. Zugleich stehen wir mit unserer konsequenten sozialistischen Politik für die Alternative zur verheerenden Spar- und Kürzungspolitik, die den Boden für die Rechten bereitet.

von Thomas Händel und Frank Puskarev

## Soziales Europa scheinchenweise?

Noch etwa zwölf Monate sind es bis zur nächsten Europawahl. Zeit für einen ersten Blick auf die dann vergangene Legislatur-Periode. Was wurde erreicht? Hat die Kommission ihre Versprechen in Sachen »soziales Europa« eingelöst? Ist das genug oder wird nur ein wenig »sozialer Zucker« auf eine an sich und in sich neoliberale Architektur gepudert? Wie steht es um Armutsbekämpfung, Arbeitslosigkeit, die Angleichung der Lebensverhältnisse? Wir wollen dies beleuchten und prüfen, ob Möglichkeiten genutzt oder Chancen verschwendet wurden.

Zunächst also ein paar Zahlen, denn an diesen muss sich Politik messen lassen. Diese Zahlen zeigen leider, dass weiterhin jede/r vierte Europäer\*in (23,4 Prozent) von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht ist, bei jedem/jeder dreizehnten (7,5 Pro-

zent) sind die Lebensbedingungen aufgrund fehlender Mittel erheblich eingeschränkt, und jeder zehnte Haushalt (10,4 Prozent) leidet unter sehr niedriger Erwerbstätigkeit. Diese Zahlen haben sich seit 2008 in Sachen Armutsgefährdung und fehlender Mittel allenfalls im Promillebereich zum Besseren gewendet, in Sachen unzureichender Erwerbsbeschäftigung sogar um mehr als ein Prozent weiter verschlechtert. Die Jugendarbeitslosigkeit ist im März 2018 mit 15,6 Prozent zwar fast wieder auf Vorkrisen-Niveau zurückgegangen, bleibt aber mit rund 40 Prozent vor allem in den Mittelmeeranrainern extrem hoch.

Glaubt man der Europäischen Kommission, so brummt die Wirtschaft wieder. Doch der Reichtum ist weiter äußerst ungleich verteilt, und so sind es auch die Chancen, von der



Foto: Wikimedia, Moseur, J., CC BY 2.0

Erholung zu profitieren. Die Kommission hatte zu Beginn der Legislatur-Periode versprochen, die soziale Komponente der EU zu stärken, eine »Soziale Säule« sollte das verlorene Vertrauen der Bürger\*innen zurückgewinnen. Leider blieben die darauffolgenden Vorschläge weit hinter den geweckten Erwartungen zurück. Direkte Maßnahmen wurden nur selten ins Spiel gebracht, das Gros der Vorschläge bewegt sich im Bereich der Konsultationen, der Empfehlungen an die Mitgliedstaaten und des Best-Practice-Austausches.

Auf EU-Ebene sollen laut Kommission folgende Vorschläge als Teil der »Sozialen Säule« betrachtet werden: Die Einrichtung einer europäischen Arbeitsbehörde; die Überarbeitung der Richtlinie 883, welche die Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme regelt; die Überarbeitung der Entsenderichtlinie; ein Europäisches Zugänglichkeitsgesetz, das die Möglichkeiten zur Beschäftigung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen verbessert; eine Richtlinie für transparente und verlässliche Beschäftigungsbedingungen, damit Arbeitnehmer\*innen ihre Rechte besser kennen; eine Richtlinie zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben bei Beschäftigten und pflegenden Angehörigen; darüber hinaus Vorschläge zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, im Besonderen Schutz vor Carcinogenen; Zugang zu Gesundheits- und Heilvorsorge, eine Agenda für Kompetenzen und Initiativen für einen europäischen Bildungsraum ...

Fortsetzung auf Seite 9

von Max Julius Bömelburg

## Vom falschen Kampf der Schwachen gegen die Schwachen

Wir befinden uns mitten in einem gesellschaftlichen Rechtsruck: Neurechte und klassische Nazistrukturen haben Oberwasser, die AfD fuhr bei der Bundestagswahl 12,6 Prozent ein und dem neuen »Heimatminister« Seehofer fällt nach seinem Amtsantritt nichts Besseres ein als aus dem AfD-Wahlprogramm den Slogan »Der Islam gehört nicht zu Deutschland« in die Welt zu posaunen.

### Das alles kam doch wie aus dem Nichts!

Nein, dieser Trend schließt an Entwicklungen an, die sich schon lange abzeichneten. Neben der gefühlten Verewigung des Stillstandes, alias die vierte Staffel der GroKo, gibt es eine weitere zentrale Triebfeder dieser besorgniserregenden Entwicklung: Der gesellschaftliche Rassismus in diesem Land bietet den Nährboden für rassistische Argumentationsmuster.

Gerade mit dem Versuch, die soziale Frage rassistisch zu beantworten, gehen die AfD sowie andere Rechte immer wieder auf Stimmenfang und versuchen, Diskurse nach rechts zu verschieben.

Schätzungsweise 20,4 Prozent der Deutschen vertreten ausländerfeindliche Positionen<sup>(1)</sup>. Da wundert es nicht, wenn Betroffene immer wieder von Rassismus-Erfahrungen berichten. Dieser Rassismus beginnt mit der Frage »Woher kommst du?« an eine Person, die in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, aber auf Grund ihrer Hautfarbe nicht in das »deutsche Bild« passt (häufig nicht böse gemeint, ist es für Betroffene meist schon die rassistische Schublade, in die man nicht gesteckt werden will). Ebenso lässt sich auf dem Arbeitsmarkt Diskriminierung von »Menschen mit Migrationshintergrund« bei der Jobsuche feststellen<sup>(2)</sup>. Auch der institutionelle Rassismus ist nicht mehr zu leugnen, wenn Menschen auf Grund ihrer Hautfarbe häufiger von der Polizei kontrolliert werden oder bei Amtsbesuchen immer wieder Benachteiligungen erfahren. Seine schrecklichste Form zeigt er jedoch in den widerwärtigen rassistischen Morden beispielsweise des NSU (hier wurden Menschen auf Grund ihres Aussehens, ihrer Herkunft oder ihres Namens für nicht lebenswert erklärt und ermordet).

### Und die Linke?

Der gesellschaftliche Rassismus ist historisch und sozial tief eingeschrieben in die Gesellschaft, sich ihm kampfflos zu ergeben ist jedoch keine Option. Zunächst sollten wir ihm auf der alltäglichen Ebene begegnen, auf der wir uns trauen und befähigen müssen, rassistischen Positionen im privaten und öffentlichen Raum immer wieder aufs Neue zu widersprechen und faschistische sowie rechtsradikale Positionen auszugrenzen. Auf der anderen Seite müssen wir auf der politischen Ebene handeln, hier wird es die zentrale Aufgabe sein, die soziale Frage antirassistisch zu beantworten. So wird die Aushandlung der »Sozialen Gerechtigkeit« häufig als eine Sache unter deutschen Staatsbürger\*innen angesehen. Teils werden soziale Fragen sogar missbraucht, um sie gegen Geflüchtete und andere von Rassismus Betroffene in Stellung zu bringen. »Die Ausländer nehmen uns die Wohnungen oder die Arbeitsplätze weg«, heißt es dann. Stattdessen müssen wir erklären, dass gerade der Sommer der Migration 2015, nur Pro-

bleme aufgezeigt hat, die schon zuvor durch eine jahrelange neoliberale Sozialpolitik verursacht wurden. Die Sozialwohnungen werden seit Jahren weniger, weil die herrschende Politik auf Privatisierung setzt anstatt auf sozialen Wohnungsbau. Genauso wie die Sozialkassen, die seit Jahren leer sind, weil lieber Banken gerettet wurden als in Bildung und Soziales zu investieren. Weder die Migration, geschweige denn die Menschen, die zur Flucht gezwungen sind, tragen hier die Schuld. Gelingt es uns, die Menschen so zu überzeugen, könnte die Möglichkeit entstehen, aus dem Kampf der Schwachen gegen die Schwachen, den die AfD befeuert, einen gemeinsamen Kampf für soziale Rechte für alle werden zu lassen. Sprich: Gemeinsam ein Recht auf Wohnraum, ein Recht auf eine gute Rente, ein Recht auf gute Löhne und vieles andere mehr zu erstreiten.

Max Julius Bömelburg war Mitarbeiter im Büro von Sabine Lösing von Mai bis September 2017, ist Student an der Universität Leipzig und engagiert sich für Geflüchtete und gegen Rassismus unter anderem im Rahmen eines Wohnprojekts für Geflüchtete.

(1) Decker, O., Kiess, J., & Brähler, E. (2016). Die enthemmte Mitte: Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland: die Leipziger »Mitte-Studie« 2016. Gießen: Psychosozial-Verlag.

(2) bspw. WSI-Studie 2015: [https://www.boeckler.de/52614\\_60858.htm](https://www.boeckler.de/52614_60858.htm)

**Unsere Alternative heißt soziale Gerechtigkeit. Gegen Rassismus und Hetze!**  
**DIE LINKE.**

» ... Reden erst die Völker selber  
Werden sie schnell einig sein. «

## » Wollen wir es schnell erreichen Brauchen wir noch dich und dich ... «



Foto: flickr.com / ESM / CC BY-SA 2.0

von Gabi Zimmer  
und Thilo Janssen

### Wofür wir die EU brauchen können

– »Streik bei Deliveroo« – »Osteuropäische Obdachlose aus Unterkunft ausgesperrt« – »Pflegernotstand in Deutschland« – Schlagzeilen der letzten Monate, hinter denen große soziale Fragen stehen: Was bedeutet die Digitalisierung für unsere Jobs? Bin ich als EU-Bürger\*in überall in der EU sozial geschützt? Was wäre mit meiner Pflege in Deutschland ohne die oft ausgebeuteten Pfleger\*innen aus Osteuropa?

Gutes Leben ist nur mit sozialer Sicherheit möglich. Armut und Ausbeutung verletzen die Menschenwürde. Die nationale Sozialversicherung wurde von den Arbeiter\*innen in den vergangenen Jahrhunderten erkämpft. Heute müssen wir für unsere sozialen Rechte auch in Europa streiten, von einem guten Tariflohn über eine gute Rente bis hin zu Zeit und Geld für unsere Familien.

Dafür müssen wir die EU vom Kopf auf die Füße stellen! Die EU hat mit der marktradikalen Politik das Vertrauen vieler Menschen zerstört. Gleichzeitig zeigen die Tragödie um

die Banken-Rettungen in Griechenland und das Trauerspiel um den Brexit: Allein national können Wohlstand und Demokratie nicht mehr verteidigt werden. Nur gemeinsam können wir verhindern, dass wir Europäer\*innen gegeneinander ausgespielt werden, nach dem Motto: Welcher Standort hat die niedrigsten Löhne, Renten und Steuern für Konzerne?

In der EU werden derzeit neue soziale EU-Gesetze verhandelt. Diese gehen auch auf den Druck des EU-Parlaments zurück. Dort ist die Linksfraktion die lauteste Stimme für ein sozialeres Europa.

Verhandelt wird eine Richtlinie, mit der in allen EU-Ländern individuelle Elternzeit, Pflegezeit und Vaterschaftsurlaub eingeführt werden sollen – jeweils bezahlt. In einer anderen neuen Richtlinie geht es um Arbeitsbedingungen in der EU: Beschäftigte sollen am ersten Tag schriftlich darüber informiert werden müssen, was ihre Arbeitsbedingungen sind. Es soll auch eine Definition geben, wer im Zeitalter der Internet-Plattformen von Deliveroo bis Uber als Arbeitnehmer\*in gilt. (Schein-) Selbstständige fallen in vielen EU-Ländern durch das Raster.

Nicht nur Internet-Konzerne lassen grenzüberschreitend für sich arbeiten. Wir müssen garantieren, dass sie alle Steuern und Sozialabgaben für ihre Arbeiter\*innen zahlen! Im Binnenmarkt suchen immer mehr Menschen Arbeit in anderen EU-Ländern. Manche werden ausgebeutet und haben keinen Anspruch auf soziale und medizinische Hilfe – Im 21. Jahrhundert ein Skandal! In der Pflege müssen wir die internationale Ausbeutung abschaffen und gute Standards durchsetzen – europaweit, für Pflegebedürftige wie für die Pfleger\*innen!

Wir müssen die sozialen Standards in der EU ausbauen und nach oben angleichen! Gute EU-Standards für armutsfeste Mindesteinkommen könnten dafür sorgen, dass niemand mehr aus Not seine Heimat verlassen muss. Ein größerer EU-Haushalt könnte mit öffentlichen Investitionen helfen, die Lebensverhältnisse in der EU nach oben anzugleichen. Ein soziales Fortschrittsprotokoll in den EU-Verträgen könnte sozialen Rechten Vorrang vor den Profit-Interessen der Konzerne im Binnenmarkt geben. Dafür brauchen wir die EU – nicht für militärische Rüstung!

von Martin Schirdewan

### DIE LINKE an der Seite der Beschäftigten

»Im Grundgesetz steht: Eigentum verpflichtet. Aber wer kontrolliert das bitte bei Unternehmen?« fragt Bernd Spitzbarth, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Erfurt Nordhausen. Er sitzt zusammen mit Mario in der Au, Betriebsrat im Siemens Generatorenwerk Erfurt, neben der Fraktionsvorsitzenden Gabi Zimmer vor der EP-Linksfraktion GUE/NGL. Siemens kündigte Anfang des Jahres 2018 an, europaweit 4.900 Stellen zu streichen. Deutschlandweit sind 3.400 Kolleginnen und Kollegen von der Stellenkürzung betroffen. Beide wurden als Referenten eingeladen, um aus erster Hand über eine neue betriebswirtschaftliche Unsitte zu berichten: Es geht um Massenentlassungen bei profitablen Unternehmen.

Die Siemens-Werke, die von Entlassungen oder Werksschließungen betroffen sind, erwirtschaften hohe Gewinne. Ihre Auftragsbücher sind bis in die Folgejahre gut gefüllt. Die Ankündigung der Schließung traf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Nichts. Die Siemens AG erhielt vom Staat Subventionen in Höhe von über 300 Millionen Euro für ihre Werke.

In den betroffenen Regionen arbeiten Gewerkschaften, Betriebsräte und Politik Hand in Hand. Ihnen ist bewusst, es geht im Fall von Siemens nicht um 3.000 Stellen, sondern um 3.000 Menschen. Menschen mit Familien und noch um mehr: Zulieferer-Betriebe und Dienstleister stehen ebenso vor dem Aus wie Schulen, Kindergärten und der sowieso schon ausgedünnte öffentliche Nahverkehr vor weiteren Kürzungen stehen. So werden aus 3.000 schnell über 10.000 Betroffene.

Die Belegschaft des Generatorenwerks Erfurt hat nach dem Besuch von Bernd und Mario in Brüssel einen Brief an Kanzlerin Merkel

geschrieben, in dem sie das Vorgehen des Siemens-Managements verurteilt und Unterstützung von der Bundeskanzlerin im Kampf gegen die Willkür der Konzerne einfordern. Ihr Einsatz hat sich gelohnt, da Stand Mai die Standorte in Erfurt und Gölitz vorerst von der Schließung verschont bleiben werden.

#### Siemens ist kein Einzelfall

Leider ist Siemens kein Einzelfall: Vor ihnen betrieben unter dem Deckmäntelchen der Umstrukturierung bereits Alstom, Nestlé, Bombardier, Coca-Cola, und selbst Kleinunternehmen wie KHS aus dem nordrhein-westfälischen Bezirk Kleve, ihre Massenentlassungen. Nach ihnen folgten auch Airbus und Opel. Alle mit dem klaren Ziel, die Gewinne ihrer Teilhaber und Aktionär\*innen zu maximieren.

Eine Antwort auf meine parlamentarische Anfrage an die Europäische Kommission ergab: »Die Kommission greift nicht in die Managemententscheidungen privater Unternehmen ein«. Gleichzeitig hat sich die Europäische Kommission in der Präambel der Europäischen Säule Sozialer Rechte als Maßgabe »eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt« abzielt, gegeben. Wie die Kommission diesen Widerspruch auflösen will, wird ihr Geheimnis bleiben.

DIE LINKE im Europäischen Parlament fordert deshalb ein Verbot von Massenentlassungen für Unternehmen, die Gewinne über lange Zeit erzielen und sogenannte Umstrukturierungen als Mittel zur Gewinnoptimierung betreiben. Dafür müssen die Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte wieder im Vordergrund stehen und weiter gestärkt werden. Dafür setze ich mich ein – gemeinsam mit unseren internationalen Genossinnen und Genossen.



Foto: Büro MEP Schirdewan

Bernd Spitzbarth (IG Metall), Mario in der Au, Betriebsrat bei Siemens, mit Martin Schirdewan (MEP) nach dem Treffen mit der EP-Linksfraktion GUE/NGL am 28.2.2018



Warnstreik der IG Metall bei BMW Wackersdorf, 2015

von Thomas Händel und Frank Puskarev

## So weit, so gut

Fortsetzung von Seite 7

... Mit diesen Initiativen ist die Europäische Kommission tatsächlich am Ende der Fahnenstange dessen, was im Rahmen ihrer Kompetenzen und ihres Mandats von den Mitgliedstaaten möglich zu sein scheint. Und es scheint ferner, dass sich tatsächlich eine Verbesserung des Status Quo abzeichnet. Allerdings nur scheinbar und im Tippelschritt. Zehn Vorhaben sind mittlerweile beschlossen, weitere zwölf sind im Gesetzgebungsverfahren. Herauszuheben sind dabei insbesondere die im Folgenden näher beleuchteten gesetzgeberischen Akte. Mit der Überarbeitung der Entsende-Richtlinie soll dem Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen

Ort« Geltung verschafft werden. Entsendete Arbeitnehmer\*innen haben in Zukunft nicht nur Anspruch auf den Mindestlohn, sondern auch auf Zuschläge und Zulagen, wie etwa Sonntags- oder Risikozuschläge. Zudem werden Arbeitgeber\*innen dazu verpflichtet, die Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Reise zusätzlich zur Entlohnung zu tragen. Überdies sollen auch nationale Tarifverträge für entsandte Beschäftigte gelten, die nicht allgemeinverbindlich sind. Langzeitentsandte sollen nach einer Dauer von zwölf Monaten mit einigen Ausnahmen auch dem Arbeitsrecht des Aufnahmestaates unterliegen. Es soll eine zweijährige Übergangsfrist geben. Dies kann ohne weiteres als Erfolg bezeichnet werden. Als bittere Pille bleibt, dass Beschäftigte im

Verkehrs- und Transportwesen davon ausgenommen sein und in extra Gesetzen geregelt werden sollen. Eine Europäische Arbeitsbehörde soll zukünftig Auskunft über die Arbeitsgesetzgebung der Mitgliedstaaten geben; die Einhaltung der Regeln bei grenzüberschreitender Beschäftigung überwachen; für eine bessere Zusammenarbeit der nationalen Arbeitsbehörden sorgen und auf Missbrauch von Regelungen und vor allem von Beschäftigten hinweisen. Zudem soll sie Erhebungen zur Wirksamkeit von Gesetzen, von Schutzvorschriften und allgemein den Arbeitsmarkt betreffende Erhebungen vornehmen. Die Europäische Arbeitsmarktplattform EURES soll der Behörde eingegliedert werden. Dem Vorschlag der Kommission fehlt allerdings noch der richtige Biss, denn es ist zu wenig Personal vorgesehen; bei Missbrauch fehlen der Behörde Eingriffsbeziehungsweise Initiativrechte und ihr Aufgabenspektrum wäre für ef-

fiziente Kontrolle zu erweitern. Vor dieser Aufgabe steht momentan das Europäische Parlament, in dem dieser Vorschlag derzeit beraten wird. Im gleichen Zusammenhang wäre auch die Europäische Sozialversicherungsnummer zu nennen, die die Kommission gern einführen möchte. Dieser Vorschlag ist sinnvoll, macht aber nur Sinn, wenn auf die entsprechend hinterlegten Daten auch von den jeweiligen Behörden, zumindest aber von der Europäischen Arbeitsbehörde, zugegriffen werden kann. Die Überarbeitung der Richtlinie zur Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme ist recht umfassend, soll die Mobilität verbessern und Rechtssicherheit schaffen. Besonders ist hier, dass viele Bereiche der sozialen Sicherung von Arbeitslosenhilfe über Familienleistungen bis Langzeitpflege in diese Koordinierung eingeschlossen werden sollen ...

Fortsetzung auf Seite 15



von Gabi Zimmer

### » Brexit Countdown

Der britische EU-Austritt rückt näher. Im Juni beraten die Staats- und Regierungschefs bzw. -Cheffinnen über den Stand der Verhandlungen. Im Oktober muss der Deal stehen. Der kommt jedoch nur zustande, wenn das Europäische Parlament zustimmt.

Deswegen unterrichtet EU-Chefunterhändler Michel Barnier regelmäßig die Brexit-Lenkungsgruppe des Parlaments. Durch unsere Teilnahme in diesem Gremium konnten wir die Position des EPs stark beeinflussen. Dabei setzen wir uns vor allem für die Einhaltung der Bürgerrechte und des nordirischen Friedensabkommens ein. Die britische Regierung spielt die Konsequenzen des Brexit auf das Karfreitagsabkommen herunter und schindet Zeit.

Sie setzt im Oktober auf eine last-minute Paketlösung, um den Druck für eine Einigung massiv zu erhöhen. Dabei spielen wir nicht mit. Wir verlangen bereits bis Juni von der britischen Regierung konkrete Vorschläge, wie sie die Bürgerrechte garantieren und die Grenzfrage in Nordirland lösen will.

»... Wer im Stich läßt seinesgleichen  
Läßt ja nur sich selbst im Stich.«

»Unsre Herrn wer sie auch seien  
Sehen unsre Zwietracht gern ...«

von Helmut Scholz

## EU-Handelspolitik nicht ohne demokratische Einmischung der Gesellschaften

Auf einmal bestimmen drohende oder bereits verhängte Strafzölle, Bittgesuche von Staats- und Regierungschefs und -Cheffinnen in Washington, Szenarien von Handelskriegen und erhitzte Debatten um Protektionismus vs. Freihandel die Schlagzeilen. Erneut stehen die EU-Handelspolitik und ihre Verknüpfung mit unserem Alltag berechtigterweise im Fokus der Öffentlichkeit. Spätestens mit den Protesten gegen TTIP wurde deutlich, dass wir es satt haben, wenn über unsere Köpfe hinweg in Freihandelsabkommen über wichtige Bereiche unseres Lebens bestimmt wird.

Wir wollen in demokratischen Verfahren selbst darüber entscheiden, wie wir leben, wie wir arbeiten, wie wir konsumieren und produzieren. Und wir müssen es auch künftig (noch) können.

Als Koordinator der EP-Linksfraktion im Handelsausschuss des Europaparlaments war und ist es meine Aufgabe, diese Position in alle Diskussionen auf europäischer Ebene zu tragen. Das bedeutet harte Auseinandersetzungen nicht nur gegenüber EU-Rat und Kommission sondern auch im Europäischen Parlament. Abgeordnete der Konservativen, der AfD und der Liberalen,

aber auch Teile der sozialdemokratischen Fraktion zeigen viel zu wenig Verständnis für unsere Kritik und setzen weiter auf Freihandel als Maß aller Dinge internationalen Handel(n)s der EU.

Die neuen Handelsabkommen sind für die aktuelle parlamentarische Mehrheit in Brüssel wie auch in Berlin ein willkommenes Instrument um Dinge durchzusetzen, denen in einer demokratischen Entscheidung eine Mehrheit der Bevölkerung nicht zustimmen würde. In den Protesten gegen TTIP wurde diese kritische Mehrheit sichtbar.

Wir wollen nicht, dass Investoren vor Sondergerichten gegen von unseren Parlamenten beschlossene Gesetze zum Schutz von Umwelt und Gesundheit klagen können, wenn sie ihre Profiterwartung gefährdet sehen. Zur Demokratie gehört: Gleichheit vor dem Recht. Wenn es ein Problem gibt, sollen Investoren das vor bestehenden Gerichten zur Entscheidung bringen, wie alle Bürgerinnen und Bürger auch. In Brüssel setze ich mich aktuell dafür ein, dass endlich ein Katalog von Pflichten für Investoren definiert wird. Respekt von Umweltgesetzgebung und vor den Rechten der Beschäftigten muss dazu gehören, ein Mehrwert

für den Ort der Investition muss entstehen. Als EP-Linksfraktion unterstützen wir daher auch entschieden die Arbeit in der UNO an einem bindenden Abkommen über die Menschenrechtsverpflichtungen von Unternehmen, was ausdrücklich auch entsprechende Umweltbelange einschließen soll.

Neben dem Verkauf von europäischen Autos, Lebensmitteln oder Chemieprodukten geht es in Handelsabkommen zunehmend um den Verkauf von Dienstleistungen. Dazu zählen Finanzdienstleistungen, aber eben auch die Privatisierung von Dienstleistungen, die aus unserer Sicht für die Versorgung der Bevölkerung notwendig sind und von öffentlichen Unternehmen sichergestellt werden sollten. Ich sage: Wasserversorgung durch kommunale Unternehmen ist eine Errungenschaft! Öffentliches Eigentum ist auch ein Teil unserer Demokratie.

Die bereits jetzt nicht nur konzipierte sondern schon eingeleitete nächste Stufe der Abkommen umfasst den Datenhandel im Zeitalter von Industrie 4.0, 3-D-Druckern, digitaler Wirtschaft und Krypto-Währungen. Große Konzerne wie Google drängen darauf, ihr Geschäftsmodell in den Verträgen unangreifbar zu machen.

Nicht nur ich meine: Persönliche Daten dürfen nicht zur Ware reduziert und damit auch zur internationalen Handelsware gemacht werden. Das wäre die US-amerikanische Sichtweise, in Europa ist Datenschutz jedoch ein Grundrecht.

Unsere bisherigen, meist Abwehrkämpfe, müssen ein Kampf für unsere Ansprüche an faire Handelsbeziehungen werden. Gemeinsam mit vielen NGOs arbeiten wir an konkreten Vorschlägen dafür, wie ein alternatives Handelsmandat aussehen sollte – im Interesse von Umwelt, guter Arbeit überall und der Antwort auf globale Wertschöpfungsprozesse, die längst nicht mehr an nationale oder kontinentale Grenzen gebunden sind. Sowie Vorschläge, wie die Bewahrung bzw. der Ausbau der regionalen Kreislaufwirtschaft, inklusive Müllvermeidung und -Beseitigung, gelingen kann. Dazu gehören ebenso Steuergerechtigkeit und demokratische Kontrolle der internationalen Finanzströme.

Die auch von mir mit durchgesetzte Schaffung eines Preises für die »Europäische Stadt des fairen und ethischen Handels«, dessen Verleihung durch die EU-Kommission erstmals am 27. Juni erfolgt, weist in die richtige Richtung. Dazu zähle ich auch unser Ringen für den Erhalt und die Stärkung eines multilateralen, regelbasierten Handelssystems, in dem nicht der Stärkere über den Schwächeren, der Große über den Kleinen entscheidet.

Gemeinsam mit Umweltverbänden, Verbraucherschutzinitiativen, Gewerkschaften, und vielen engagierten Wissenschaftler\*innen werden wir als Fraktion in Brüssel in die Offensive gehen und Anfang 2019 in einer großen Konferenz im Europaparlament unsere Arbeit für eine alternative Handelspolitik bilanzieren und konkrete Vorschläge auf den Tisch legen. Maßstab ihrer Qualität soll der Beitrag sein, den sie zum Erreichen der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung leisten kann, die von allen Mitgliedstaaten der UNO mit der Agenda 2030 festgelegt wurden. Ein dickes Brett, das wir da gemeinsam bohren.

Anti-Nato-Demo, Brüssel 2017



Foto: U. Stümke DIE LINKE, im Europaparlament

von Martina Michels

## »Was hat der Kristallschädel aus dem Britischen Museum mit dem Internet zu tun?«

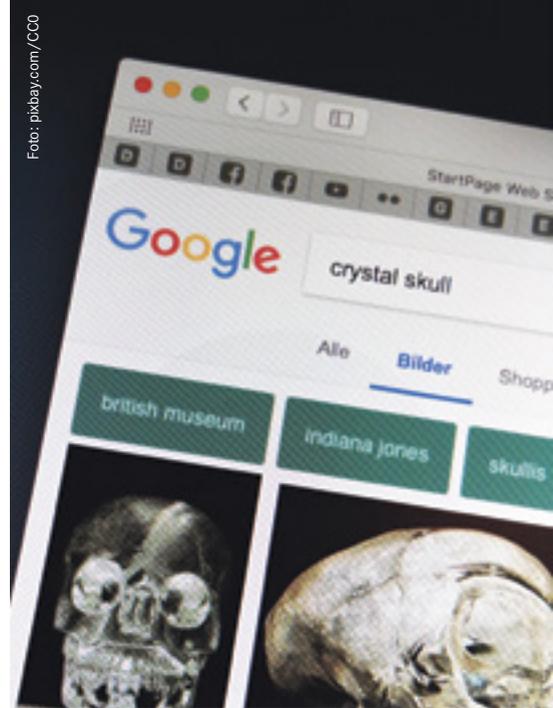
Beim Urheberrecht denken viele an illegale Downloads oder preiswerte Software-Lizenzen für Schüler\*innen und Studierende, an Fragen wie sich Autor\*innen und Musiker\*innen ihre Einkünfte auch auf Plattformen sichern können. Wesentlich seltener fragt jemand, wie Museen, Sammlungen, Bibliotheken und Archive in der digitalen Welt zurecht kommen oder warum in Europa Sammlungen nur lückenhaft im Netz sichtbar sind oder erst 1,5 Prozent des europäischen Filmerbes digitalisiert sind. Unter der Überschrift »Verschwindet Europas Kulturerbe in der digitalen Welt?« besuchten uns Anfang April Studentinnen und Studenten des Masterstudiengangs Museumsmanagement und -Kommunikation der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Technik bei uns in Brüssel. Auf ihrem Programm stand nicht nur der Besuch im Comicmuseum, an der

Frittenbude oder im Haus der Europäischen Geschichte. Wir organisierten ein Fachgespräch mit dem Urheberrechtsanwalt Paul Klimpel von igrights. law und das hatte es in sich. Eine der größten Hürden, die unsere Kulturgeschichte im Verborgenen hält, liegt im Urheberrecht begründet. 28 Mitgliedstaaten treiben hier, was sie wollen. Jedes Museum steht bei einer aktuellen Ausstellung vor einem Labyrinth der Rechte. Bildlizenzen, Verkäufe und Abtretungen binden in der Nachverfolgung fachliche und finanzielle Ressourcen, die eigentlich Museen nicht in erster Linie belasten sollten. Die Rechtspraxis beim Umgang mit unserem kulturellen Gedächtnis weist merkwürdigerweise große Unterschiede zum US-amerikanischen Copyright auf.

Damit ist verbunden, dass in den USA beinahe wie selbstverständlich, nach den akuten Verwertungspha-

sen von Musik, Filmen und Bildern, die Werke wesentlich unkomplizierter gemeinfrei werden können. Lange half dabei eine Registrierung von Werken, die leider 1989 abgeschafft wurde, aber bis dahin die Forschung enorm vereinfachte. Hingegen wird in Europa das Urheberrecht eher wie ein individuelles Menschenrecht privatisierend gehütet. Die Folge ist, das »europaweite Walten einer Kultur der Angst«, so Paul Klimpel, das die Aufarbeitung in kulturellen Gedächtnisinstitutionen begleitet, statt den überfälligen Weg einer offenen Nutzungskultur zu beschreiten. Bei jedem Flyer, der nie für den kommerziellen Gebrauch entstand, weiß man Jahrzehnte später nicht, ob sich da nicht noch ein Schöpfer meldet und entlohnt werden will.

Wir haben gelernt, dass die Lobbyarbeit der Museen in Brüssel noch viel zu zaghaft erscheint, während Bi-



bliotheken längst unterwegs sind, um den Zugang zu ihren Beständen für alle zu sichern. Innerhalb der Copyrightrichtlinie, die gerade im Parlament verhandelt wird, sind die wenigen Ausnahmen für Bildung, Wissenschaft und kulturelles Erbe bisher Stückwerk geblieben. Wir sollten allerdings aufhören, den Umgang und damit letztlich den Zugang zu unserem kulturellen Gedächtnis allein Fachleuten zu überlassen. Geöffnete Archive sind für die Lösung von Zukunftsfragen oft wichtiger als wir denken.

von Martin Schirdewan

## #TimeForActionInEurope



heit und Infrastruktur gebraucht werden und mit denen locker jedes politische Programm der Linken finanziert werden könnte. Doch obwohl die Steuertricks und deren Schaden bekannt sind, haben wir noch einen langen Weg vor uns, bevor wir zu einem gerechten System der Besteuerung finden werden.

Nach wie vor blockieren einige Mitgliedsländer wie Irland, Luxemburg, die Niederlande oder Malta wichtige Reformen auf EU-Ebene. So kommen die Verhandlungen rund um eine öffentliche, länderspezifische Berichterstattung von Unternehmen nicht vom Fleck. Diese würde Konzerne dazu verpflichten, betriebliche Kennzahlen wie den Gewinn, die Anzahl an Beschäftigten oder die gezahlten Steuern für jedes Land offenzulegen. Dadurch wäre schnell erkennbar, welche Unternehmen in welchem Ausmaß ihre Profite in manchen Ländern kleinrechnen und in anderen aufblähen.

Auch die Abkehr vom schädlichen System der Transferpreise ist nötig.

Die Steuertricks von Google, Apple, Amazon und Co. sind weltweit zu trauriger Berühmtheit gelangt. Mit Hilfe komplizierter Firmengeflechte und windiger Finanzstrukturen schieben diese und viele andere Konzerne ihre Profite zwischen Ländergrenzen hin und her. Dadurch entgehen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union mehrere hundert Milliarden Euro an Steuereinnahmen jährlich. Weltweit werden schätzungsweise zwischen 20 bis 30 Billionen Euro in Steuerparadiesen gehortet. Gelder, die so händeringend für Investitionen in den Bereichen Bildung, Gesund-

Die Unterstützung von Steueroasen erlaubt es Konzernen, ihre Gewinne minimal oder sogar unbesteuert von Land A nach Land B zu bringen. Dabei sollte Besteuerung dort ansetzen, wo wirtschaftliche Aktivität stattfindet. Unter dem sperrigen Namen der »Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsbemessungsgrundlage (CCCTB)« wird auf EU-Ebene gerade versucht, dies auch umzusetzen. Wie bei fast allen Steuerthemen steckt allerdings auch hier der Teufel im Detail. Anstatt eine Lanze für eine gerechtere Besteuerung von Konzernen zu brechen, enthält der Gesetzesvorschlag der Kommission Steuergeschenke für Unternehmen. Diese würden dafür sorgen, dass in Zukunft Steuersätze von fünf Prozent und weniger auf Profite nicht als Angriff auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern als Normalität gesehen werden würden. Das kann ja wohl nicht ernsthaft Ziel des Unterfangens sein.

Stattdessen brauchen wir eine internationale Lösung dieser Probleme. Das sehen auch unsere linken Partnerparteien so. Gemeinsam sagen

wir: #TimeForActionInEurope. Zeit, den Steuertricksern und Dieben das Handwerk zu legen und die Gelder der Öffentlichkeit zurückzugeben, die diese ihr vorenthalten und stehen. Die Interessen einiger Staaten und mächtiger Konzernlobbys erweisen sich allerdings als schwere Klötze. Daher sollten große Staaten wie Deutschland nicht davor zurückschrecken, im Kampf gegen Steuerraub an der Gesellschaft im Alleingang oder in Kooperation mit anderen vorzupreschen. So könnte man zum Beispiel Quellensteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen erheben.

Unter einer GroKo und einem Finanzminister Scholz, der so fest an der schwarzen Null festhält wie sein Vorgänger und dem die große Frachtunternehmerin näher ist als der überarbeitete Krankenpfleger, sollte man natürlich auch nicht allzu große Hoffnungen in diese Lösung stecken. DIE LINKE in Europa und in Deutschland wird ihren Kampf für mehr Steuergerechtigkeit auf jeden Fall fortführen.

»... denn solange sie uns entzweien  
Bleiben sie doch unsre Herrn.«

»Proletarier aller Länder  
Einigt euch und ihr seid frei. ...«

von Cornelia Ernst und Manuela Kropp

## Europäische Gemeinschaft der Erneuerbaren Energien!

Der Klimawandel ist in vollem Gange – wir alle können es durch einen Anstieg der globalen Temperatur und extreme Wetterphänomene wie starke Regenfälle und Hitzeperioden spüren. Die Europäische Union hat sich im Pariser Klimaabkommen von 2015 verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis 2030 zu senken. Bis 2050 sollen die Treibhausgasemissionen sogar um 80 bis 95 Prozent sinken. Um das zu erreichen, muss auch der Energiesektor, neben dem Verkehrssektor und der Landwirtschaft, umgebaut werden, und zwar hin zu erneuerbaren Energien. EU-weit machen die Erneuerbaren im gesamten Energiemix etwa 15 Prozent aus – das ist völlig unzureichend! Im Europaparlament hat sich die Delegation DIE LINKE dafür eingesetzt, dass die Erneuer-

baren weiterhin feste Einspeisetarife erhalten, und ihren Strom garantiert ins Netz einspeisen können. Außerdem haben wir gefordert, dass Bürgerenergieprojekte gefördert und bevorzugt behandelt werden, denn sie erzeugen grünen Strom zu günstigen Preisen, und können so auch die Haushaltskasse der Bürger\*innen entlasten.

Der Vorläufer der Europäischen Gemeinschaft war die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die 1951 gegründet wurde und allen Mitgliedstaaten bevorzugten Zugang zu Kohle und Stahl ermöglichte. Heute brauchen wir eine Europäische Gemeinschaft der Erneuerbaren Energien – denn die Energiefrage können wir nur gemeinsam lösen.

Es ist doch absurd, dass Deutschland immer noch Kohlestrom in andere



Windpark-Montageplattform im Hafen von Oostende, Belgien

Foto: U. Stürmer/DIE LINKE, im Europaparlament

Mitgliedstaaten der EU exportiert. Und es ist absurd, dass die belgischen Atomkraftwerke Tihange und Doel die Menschen in Deutschland, den Niederlanden und Belgien bedrohen, dies aber als rein »nationale« Angelegenheit von Belgien hingestellt wird.

Stattdessen müssen wir aus der Verstromung von Kohle und Gas und aus der Nuklearenergie aussteigen und ein Investitionsprogramm auflegen, das in erneuerbare Energien, Gebäudesanierung und alternative Antriebstechnologien investiert.

In Großbritannien, Frankreich und Portugal unterstützen Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen die sogenannten »Climate Job«-Kampagnen, die den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern und die Einrichtung von Arbeitsplätzen

im Bereich der Erneuerbaren und der Gebäudesanierung fordern. Natürlich müssen Gebäudesanierungen so ablaufen, dass sie nicht zu Mietsteigerungen führen – denn unsere Städte gehören allen Menschen, nicht nur den Gutverdienenden. Die Erzeugung von Energie gehört in die öffentliche Hand, denn sie ist ein strategisch wichtiger Sektor, der nicht den Profitinteressen von privaten Unternehmen überlassen werden darf.

Wind und Sonne sind ein Gemeingut – und der Zugang zu Energie ist ein soziales Grundrecht! Niemandem darf der Strom oder die Heizung abgestellt werden, nur weil er oder sie die steigenden Preise nicht zahlen kann. Auch dafür setzt sich die LINKE im Europaparlament weiterhin ein!

von Martina Michels

## Eine Frage politischer Weichenstellung: Für eine Renaissance des Öffentlichen



Grünes Licht für nachhaltige Infrastrukturförderung nötig

European Union 2018 - Source: EP

halts fest. Die Kohäsionspolitik der EU baut auf diesem Ziel auf und ist derzeit die einzige wirksame Struktur europäischer Solidaritätspolitik. Über Strukturfonds und Fördermittel fließen umfangreiche Hilfen in die Regionen Europas, um Projekte und Initiativen vor Ort beim Strukturwandel zu unterstützen.

Doch diese solidarische Säule der EU-Politik steht seit Jahren unter Beschuss. Mit dem Haushaltsentwurf der EU-Kommission für die Jahre 2021 bis 2027 verstetigt sich ein Paradigmenwechsel in der Förderpolitik: Eine schleichende Umwandlung in reine Investitionspolitik zur Stärkung privatwirtschaftlicher Ziele. Von zu fördernden Projekten werden zunehmend wirtschaftlich messbare Ergebnisse eingefordert. Statt Zuschüssen werden vermehrt Kredite angeboten. Ein »Reformhilfeprogramm« soll künftig dabei helfen,

gezielt Arbeitsmarktreflexionen, die Entwicklung von Kapitalmärkten und unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen voranzutreiben.

Debattiert wird, ob das Einfrieren von EU-Fördermitteln künftig als Sanktion bei Nichteinhaltung rechtstaatlicher Standards genutzt werden soll. Solche Sanktionen lehnen wir ab, da sie Regionen doppelt bestraft – einmal durch Mittelkürzung für notwendige regionale Investitionen beziehungsweise Projekte, und andererseits für das Versagen ihrer nationalen Regierungen. Weiterhin muss natürlich gelten, dass EU-geförderte Projekte selbst demokratischen und inklusiven Kriterien folgen müssen.

Wir kämpfen um mehr Mittel zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung, für die Förderung öffentlicher Infrastruktur und -Dienste, Kultur, Bildung und Bürgerbeteiligung.

Stattdessen schlägt die EU-Kommission vor, die Gelder für Regionalpolitik und ländliche Entwicklung künftig weiter zu kürzen. Zugleich sind neue Euro-Milliarden für einen europäischen Verteidigungsfonds zur gemeinsamen Rüstungsforschung und -beschaffung, für die Entwicklung von Sicherheitstechnologien, Terrorismusbekämpfung sowie für »militärische Mobilität« vorgesehen. Dazu kommen 10.000 Grenzschutzbeamte für Frontex.

Es ist nicht der Brexit, der unüberbrückbare Lücken in den EU-Haushalt reißt. Es geht um politische Weichenstellungen: Der EU-Haushalt ist Ausdruck politischer Prioritätensetzung. Es wäre Zeit für ein Ende des Sozialabbaus, der rigorosen Sparpolitik und Privatisierungen. Die Angleichung sozialer und Umweltstandards nach oben muss Priorität erhalten. Nur eine EU als erkennbarer Garant für Frieden, gute Nachbarschaft und Solidarität hat Zukunftschancen. Gerechtere Verteilung des Reichtums in Europa meint nachhaltiges Wirtschaften, Investitionen in öffentliche Dienste und Gemeingüter. Das wäre europäische Regionalpolitik im Dienste der Bürgerinnen und Bürger.



Foto: Evgeny Feldman/wikimedia.org - CC-BY-SA 3.0

Pro-EU-Demonstration in Kiew am Tag vor dem Beginn des dritten Gipfeltreffens der Östlichen Partnerschaft, 27.11.2013

von Helmut Scholz

## Enttäuschte Nachbarn

### Die EU-Politik der östlichen Nachbarschaft muss sich an den Realitäten orientieren

Es klang ganz gut, was die Europäische Kommission 2015 plante: Die Nachbarschaftspolitik gegenüber den Staaten in Osteuropa sollte an den Realitäten in diesen Ländern ausgerichtet werden. Drei Jahre später hat sich dieser Ansatz jedoch in Luft aufgelöst. Insbesondere die Ukraine und Moldau, die sich über Assoziierungsabkommen besonders stark an die EU gebunden haben, stagnieren politisch und verzeichnen eine regressive gesellschaftliche Entwicklung.

Bei zahlreichen Reisen in beide Länder haben gerade Treffen mit Leuten vor Ort eine große Enttäuschung über die EU-Politik der östlichen Nachbarschaft verdeutlicht. Die von ihnen an die Zusammenarbeit mit der EU geknüpften Hoffnungen auf eine schnelle, deutliche Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen aber auch politischen Lebensverhältnisse wurden bitter enttäuscht.

Anstatt die gravierenden Entwicklungsprobleme und Widersprüche in Ländern wie Georgien, der Ukraine oder Moldau zu benennen und zum

Ausgangspunkt vernünftiger und nachhaltiger Politik zu machen, werden immer noch Blankoschecks in Form von Geld und Vergünstigungen an die bekannten Oligarchen-Gruppen verteilt.

Beispiel Moldau: Im vergangenen Jahr befürwortete die EU-Kommission weitere 100 Millionen Euro Makrofinanzhilfe, obwohl ein immenser Bankenskandal ebenso wenig aufgeklärt war wie das vom Staatspräsidenten eingeräumte Versickern von EU-Geldern in den Taschen korrupter Eliten.

Beispiel Ukraine: Die Minsker Vereinbarungen stecken in der Sackgasse – weil »Moskau« und »Kiew« den Krieg im Donbass weiter für ihre politischen Interessen missbrauchen; noch immer grassiert die Korruption; werden Reformgesetze beschlossen, aber nicht umgesetzt; werden Andersdenkende verfolgt und Grundrechte missachtet; bleibt eine soziale Verbesserung breiter Bevölkerungsschichten aus und setzt sich die oligarchische Durchdringung staatlicher Strukturen trotz Reformansätzen fort.

All das hinderte »Brüssel« bisher jedoch nicht, sich beispielsweise für die weitere Erhöhung von Einfuhrquoten für Agrargüter einzusetzen, was wiederum wenigen Großeigentümern nützt.

Soll die EU-Nachbarschaftspolitik für die Menschen der Partnerländer wirklich überzeugend und praktisch werden, muss sie auf eine konstruktive Basis gestellt werden. Konstruktiv kann dabei nur bedeuten, die Alimentierung und Zementierung der oligarchischen Strukturen in der Ostnachbarschaft ebenso zu beenden, wie den Konfrontationskurs der EU gegenüber Moskau. Die Realität der Eurasischen Union ist anzuerkennen und eine dialogische Verständigung mit den Ländern der Region dahingehend zu erreichen, wie der bislang nur propagierte gemeinsame Raum des Friedens, der Stabilität sowie des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts ausgestaltet sein soll.

Berg Karabach, Transnistrien, Donbass, Abchasien und Südossetien stehen dafür, dass in den Ländern bisher kein Frieden herrscht und gesellschaftliche Stabilität latent ge-

fährdet bleibt. Der jüngste Umsturz in Armenien zeigt: Auch sie sind nicht stabil. Da die Lebensverhältnisse weiter Teile der Bevölkerungen nicht von Prosperität sondern von Armut, Arbeitslosigkeit und brutaler Ausbeutung und oft Perspektivlosigkeit geprägt sind, bleiben auch nationale Souveränität, nachhaltiger sozialer Aufschwung und Rechtsstaatlichkeit sowie Demokratie gefährdet.

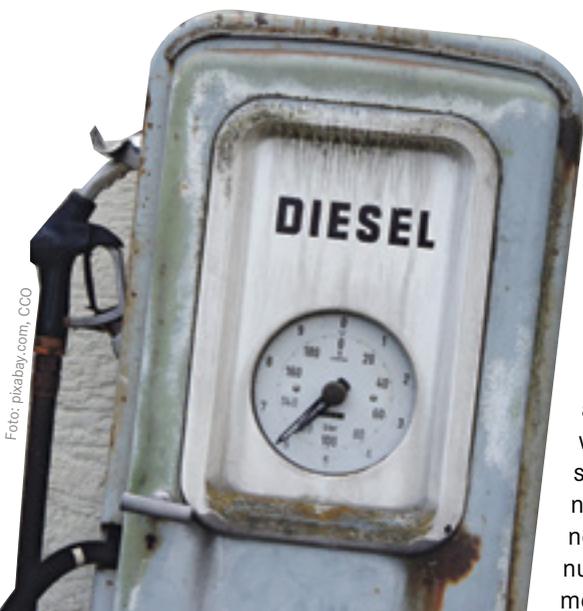
Die EU verfügt durchaus über Instrumente für eine andere Politik gegenüber diesen Ländern, für eine Ausrichtung, die vor allem den Bürgerinnen und Bürgern dient. Vorschläge, wie sozialverträgliche Strukturformen zu initiieren und umzusetzen sind, und zwar in Verbindung mit demokratischen und Bürgerrechten, liegen durchaus vor: Im Europäischen Parlament und in den Hauptstädten der EU28. Es bleibt deshalb dringende Aufgabe, den EU-Rat und die Kommission sowie die Mehrheit im Europäischen Parlament dazu zu drängen, Instrumente der Assoziierungs- und Nachbarschaftspolitik zwingend in diese Richtung zu verändern und einzusetzen.

**Impressum:** Herausgegeben von der Delegation der Linken in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament · Rue Wiertz 43, WIB 3M21, B-1047 Brüssel, Belgien · [www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu) · V.i.S.d.P. Cornelia Ernst  
Layout: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin; Druck: Eversfrank Berlin GmbH, Ballinstraße 15, 12359 Berlin · Titelbild [istock.com/MicroStockHub](http://istock.com/MicroStockHub) · Auflage: 117.900

»... Eure großen Regimenter Brechen jede Tyrannei!«

## »Vorwärts und nie vergessen Und die Frage konkret gestellt: Beim Hungern und beim Essen ... «

Foto: pixabay.com, CCO



von Cornelia Ernst und Frederic Beck

# Highway to hell

## Abgasskandal und kein Ende in Sicht

suchungen nie gegeben, fahren die Automobilkonzerne im Ausland, aber vor allen Dingen im Inland, weiter ihren Egotrip und setzen statt auf Transparenz und Kommunikation, nur auf zugezogene Gardinen und geben stets ausschließlich nur das zu, was sich partout nicht mehr leugnen lässt. So folgte auf das Bekanntwerden der Manipulationen von Stickoxid-Reinigungsanlagen bei VW der nächste Kracher, als auch das Kartell der größten deutschen Autobauer BMW, VW, Daimler und dem Zulieferer BOSCH aufgedeckt wurde.

Dort sprach man sich jahrelang munter über die gedrosselte Abgasreinigung bei Dieselfahrzeugen durch zu geringe Harnstoffeinspritzung ab. Ein Skandal, wie auch DIE LINKE mehrfach verlautbarte. Doch damit der schlimmen Taten nicht genug, es stellte sich heraus, dass Abgastests an Affen durchgeführt wurden, um die angebliche Unschädlichkeit der NOx-Dosierung zu bestätigen und damit die Manipulationen zu rechtfertigen. Nun, so

jüngste Meldungen, wird noch nicht einmal das mit der Bundesregierung vereinbarte Minimalziel erreicht, die betroffenen Fahrzeuge bis Ende dieses Jahres durch ein Softwareupdate wenigstens etwas sauberer zu gestalten.

Und schon ist auch der Bogen geschlagen: Die Politik und damit die Bundesregierung haben versagt. Vier nationale »Dieselgipfel« haben nichts bewirkt außer noch mehr heiße Luft. Es muss endlich wirkmächtig gehandelt werden, Hardwarenachrüstungen sind unumgänglich und eine adäquate Verbraucher\*innenentschädigung nur logische Konsequenz. Bisher sind all diese Maßnahmen aber in weiter Ferne, denn sowohl Ex-Verkehrsminister Alexander Dobrindt, als auch sein Nachfolger Andreas Scheuer (beide CSU) weigern sich, die Automobilindustrie endlich in die Mangel zu nehmen. Man hat das Gefühl, hier betreiben die Verantwortlichen Politiker\*innen selbst massiv Lobbypolitik.

Aus Brüssel hingegen scheint wenigstens ein bisschen Vernunft

abzustrahlen, so sind die neuen Grenzwerte, die die Kommission im letzten Jahr für die toxischen Abgase vorgeschlagen hat, deutlich ambitionierter als bisher, auch wenn die Automobillobby, allen voran der Verband Deutscher Automobilindustrie (VDA), immerhin noch einige Abschwächungen durchbringen konnte. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass eine vernünftige Verkehrspolitik, die allen nützt und Natur und Umwelt genauso schützt wie die Verbraucher\*innen, endlich Einzug in politische Entscheidungen findet, denn die Zukunft geht uns alle an.

Weitere Informationen in unserem neuen Dossier unter [www.dielinke-europa.eu/de/article/11790.abgasskandal-in-der-automobilbranche.html](http://www.dielinke-europa.eu/de/article/11790.abgasskandal-in-der-automobilbranche.html) und dem thematischen Blog von Dr. Cornelia Ernst mit aktuellen Beiträgen unter [dieselmichnichtan.blogspot.de](http://dieselmichnichtan.blogspot.de)

Dieser Tage möchte man meinen, der alte Spruch »lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende«, habe vollständig seinen Realitätsbezug verloren, zumindest hinsichtlich der nicht enden wollenden, immer neuen Skandale der hiesigen und europäischen Automobilbranche.

Seit der Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments zum Dieselskandal (»EMIS«) vor einem knappen Jahr seinen Abschlussbericht verabschiedete, an dem wir maßgeblich mitwirkten, ist keineswegs eine Verbesserung der Situation eingetreten. Als hätte es all die nationalen und europäischen Unter-



Foto: pixabay.com

von Thomas Händel und Frank Puskarev

## Es ginge auch anders. Wenn man will



Fortsetzung von Seite 9

... So soll sichergestellt werden, dass erworbene Ansprüche erhalten bleiben und gegebenenfalls auch mitgenommen werden können, dass der Zugang von nicht erwerbstätigen Menschen zu bestimmten Sozialleistungen gewährleistet und vor allem vergleichbar geregelt ist. Leider ist der Kommissionsvorschlag noch an vielen Stellen inkohärent, es fehlen wichtige Regelungen oder sie gehen, wie bei den Familienleistungen, sogar in die falsche Richtung. Auch hier gilt es im parlamen-

tarischen Beratungsprozess noch die eine oder andere Verbesserung zu erreichen.

In Summe lässt sich sagen, dass die Kommission zwar entsprechend ihrer Möglichkeiten versucht zu liefern, aber weit hinter den Notwendigkeiten zurückbleibt. Vorschläge, die im Europäischen Rat von vornherein zum Scheitern verurteilt sind – wie das zum Beispiel bei der Überarbeitung der Mutterschutzrichtlinie der Fall war – hat sie weitgehend unterlassen. Allerdings liegen auch angedrohte Änderungen bei der Arbeitszeitrichtlinie derzeit auf Eis.

von Sabine Lösing

## EU-Rüstungsprogramm: Illegale Subventionen für die EU-Rüstungsindustrie

Im März 2018 stimmte das Europaparlament mehrheitlich für die Umsetzung des Kommissionsvorschlags zur »Einrichtung des Europäischen Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich« (EDIDP). Tatsächlich beinhaltet der Vorschlag der Europäischen Kommission jedoch nichts anderes, als ein Subventionsprogramm für europäische Rüstungsunternehmen. Das Vorhaben ist Teil des »Verteidigungs-Aktionsplans«, mit dem die Militarisierung der EU weiter vorangetrieben wird.

Die erste Maßnahme diesbezüglich beinhaltet die Bereitstellung von Zuschüssen in Höhe von 500 Millionen Euro für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Rüstungsunternehmen aus Mitteln des EU-Haushalts in den Jahren 2019 und 2020. Die Gesamtkosten für die Umsetzung des EDIDP sind mit 2,59 Milliarden Euro in diesen zwei Jahren jedoch um einiges höher angesetzt. Langfristig gesehen soll im neuen EU-Haushaltsplan ab 2020 sogar eine eigene Haushaltslinie nur für Sicherheit und Verteidigung eingeführt werden, um Rüstungsforschung und die Verteidigungsunion zu finanzieren.

Sehr fragwürdig ist die Rechtsgrundlage dieses Programms. Die Europäische Kommission führt als Grundlage Art. 173 des Vertrags zur Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) an. Dieser ermächtigt die EU, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie mit EU-Mitteln zu fördern. Doch die Förderung militärischer (Forschungs-) Projekte ist durch den Artikel 41 (2) des Vertrags über die Europäische Union (EUV) verboten.

Dieser Artikel besagt nämlich, dass die Finanzierung »von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen« durch EU-Haushaltsmittel nicht erlaubt ist, was die Kommission auf Nachfrage auch bestätigt. Und auch nach Rechtsprechung des EU-Gerichtshofs würde die Auslegung der Kommission des EU-Vertrages im Hinblick auf das EDIDP-Programm unzulässig sein.

Doch trotz dieser Widersprüchlichkeit wurde der Vorschlag der Kommission dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt und so der Weg für die massive und langfristige Förderung einer todbringenden EU-Waffenindustrie freigemacht.

Politisch trägt EDIDP dazu bei, die EU endgültig zu einer Rüstungsunion um-

zubauen. Erschreckend ist das Tempo mit der die EU-Aufrüstung, der Fokus auf Militär und Schaffung eines rüstungsindustriellen Komplexes seit dem Brexit-Votum durchgesetzt wird.

Die Kommission liefert das soziale Europa allenthalben in ganz dünnen Scheibchen. Die wirklich großen Brocken lässt man unangetastet. Zum Beispiel sind wir von einem europäischen Mindesteinkommen oder Mindestlöhnen noch weit entfernt. Die Beschäftigtenzahlen zeugen auch weiter davon, dass in Europa vor allem eins fehlt: Gute Jobs, von denen man anständig leben kann. Von der groß angekündigten Investitionsoffensive spricht mittlerweile niemand mehr, die von Kommissionspräsident Juncker versprochenen 200 Milliarden werden ein Luftschloss bleiben. Auch geht weiter niemand effektiv gegen prekäre Beschäftigung vor, bleiben atypische Beschäftigungsverhältnisse die am stärksten wachsende Beschäftigtengruppe. Europäer\*innen sollen weiter länger arbeiten und später in Rente gehen. Der Reichtum bleibt mangels funktionierender Transfermechanismen weiter extrem ungleich verteilt.

Um diese großen Brocken zu bewältigen braucht es eine grundlegend andere Politik in Europa. Diese Europäische Union muss generalüberholt werden. Es braucht europaweit gültige Mindeststandards, wenn es um

die Rechte von Beschäftigten geht, wenn es um soziale Rechte geht. Es braucht eine wirkliche Investitionsoffensive für öffentliche Güter und Dienstleistungen, denn das schafft Arbeitsplätze und sichert ein menschenwürdiges Leben für jeden und jede. Es braucht endlich einheitliche Steuerstandards, um den ruinösen Steuerwettbewerb auf dem Rücken der Menschen zu beenden. Es braucht einen deutlich umfassenderen EU-Haushalt, um einen besseren Ausgleich zu schaffen zwischen armen und reichen Regionen. Und es braucht nicht zuletzt dringend eine Reform der Europäischen Institutionen, um die Blockademacht der Mitgliedstaaten etwas zu entkräften und die Regionen und das Europäische Parlament als direkte Vertretung der 500 Millionen Europäer\*innen zu stärken.

Für all das braucht es eine starke und geeinte Linke in Europa. Nur gemeinsam, mit dem Fokus auf den Bedürfnissen der Menschen in Europa und auf einem gemeinsamen Ziel, auf ein soziales und menschliches Europa. Weder die Vereinzelung in Nationalstaaten noch Sinnieren über A, B oder C-Pläne scheint da der geeignete Weg.

Dem Narrativ friedlicher und diplomatischer Konfliktlösungen, welches der

Mit dem EU-Rüstungsprogramm hat sich die Wunschliste der EU-Rüstungskonzerne letztendlich in den EU-Haushalt Bahn gebrochen. Der immer offensiver formulierte Anspruch der EU als militärischer Global Player wahrgenommen zu werden, soll unter anderem mit diesem Programm Realität werden. Und letztlich soll nach dem Brexit das gemeinsame militärische Projekt den Kitt in der EU bilden und der Wahlsieg von Trump liefert Gründe für militärische EU-Eigenständigkeit.

Das können und werden wir nicht akzeptieren. Im EU-Parlament aber auch von zivilgesellschaftlicher Seite gibt es immer mehr Kritik an dem Rüstungsprogramm, auch weil zunehmend Entwicklungshilfegelder für den Auf- und Ausbau von militärischen Projekten missbraucht werden.

Wir fordern daher den Stopp des EDIDP-Programms und der steigenden Rüstungsausgaben insgesamt. Wir fordern einen Paradigmenwechsel in der EU-Außenpolitik hin zu friedlicher und diplomatischer Konfliktlösung und Mediation – nicht die Unterstützung von Regimen wie in der Türkei oder Saudi-Arabien, die völkerrechtswidrige Angriffskriege mit deutschen Waffen führen!



EU 2012 noch den Friedensnobelpreis einbrachte, steht die Realität entgegen. Die aktuelle Agenda beinhaltet eine mörderische EU-Flüchtlingspolitik und de facto die Schaffung einer EU-Armee durch massive EU-Militärkooperation – die sogenannte *Strukturierte Zusammenarbeit* (SSZ/Englisch: PESCO).

»... Wessen Morgen ist der Morgen  
Wessen Welt ist die Welt?«

nach Bertolt Brecht Gedichte; Aufbau-Verlag Berlin und Weimar; 2. Auflage 1975

# DIE LINKE. im Europaparlament

## Gabi Zimmer

Vorsitzende der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/ Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL)

Mitglied der Konferenz der Präsidenten

Mitglied der Delegation für die parlamentarische Kooperation EU-Moldau

Stellvertreterin in der Delegation der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU (Afrika, Karibik, Pazifik)

Stellvertretendes Mitglied der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung

### Ansprechpartnerin für Thüringen und Rheinland-Pfalz

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60, WB 03M003  
B-1047 Brüssel  
Telefon 0032 228 45 101  
gabriele.zimmer@ep.europa.eu  
www.gabizimmer.eu

 @GabiZimmerMEP



## Cornelia Ernst

Sprecherin der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament

Mitglied im GUE/NGL-Vorstand

Koordinatorin der Linksfraktion und Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)

Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)

Mitglied im Ausschuss zu Terrorismus (TERR)

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE)

Stellvertretende Vorsitzende in der Delegation des Europaparlaments für die Beziehungen zum Iran

### Ansprechpartnerin für Sachsen und Rheinland-Pfalz

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60, WB 03M021  
B-1047 Brüssel  
Telefon 0032 228 45 660  
cornelia.ernst@ep.europa.eu  
www.cornelia-ernst.de

 @ErnstCornelia



## Thomas Händel

Vorsitzender im Ausschuss für Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten (EMPL)

Mitglied der Konferenz der Ausschussvorsitzenden

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO)

Stellvertretendes Mitglied in der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU (Afrika, Karibik, Pazifik)

Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südostasiens und der Vereinigung südostasiatischer Staaten (ASEAN)

### Ansprechpartner für Bayern, Baden-Württemberg und das Saarland

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60, WB 03M063  
B-1047 Brüssel  
thomas.haendel@ep.europa.eu  
www.thomas-haendel.eu

 @thaendel



## Sabine Lösing

Friedenspolitische Sprecherin

Stellvertretende Vorsitzende und Mitglied im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE),

Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET),

Koordinatorin der Linksfraktion im Auswärtigen Ausschuss (AFET) und im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE)

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Entwicklung (DEVE),

Mitglied der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU (Afrika, Karibik, Pazifik)

### Ansprechpartnerin für Niedersachsen und Hessen

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60, WB 03M023  
B-1047 Brüssel  
Telefon 0032 228 45 894  
sabine.loesing@ep.europa.eu  
www.sabine-loesing.de



## Martina Michels

Regional- und kulturpolitische Sprecherin der Delegation

Mitglied im Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI)

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT)

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages

Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Israel

Stellvertretendes Mitglied in der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss mit der Türkei

Koordinatorin der Gruppe der europapolitischen SprecherInnen in DIE LINKE (Europa/Bund/Länder/RLS)

### Ansprechpartnerin für Berlin und Sachsen-Anhalt

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60, WB 03M033, B-1047 Brüssel  
Telefon 0032 228 45 834  
martina.michels@ep.europa.eu  
www.martina-michels.de

 @martina\_michels



## Martin Schirdewan

Finanzpolitischer Sprecher der Delegation

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)

Koordinator der Linksfraktion im Ausschuss zu Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung (TAX3)

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss zu Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung (TAX3)

### Ansprechpartner für Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Hamburg und Bremen

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60, WB 03M031  
B-1047 Brüssel  
Telefon 0032 228 45 667  
martin.schirdewan@ep.europa.eu  
www.martin-schirdewan.eu

 @schirdewan



## Helmut Scholz

Handelspolitischer Sprecher der Delegation

Koordinator der Linksfraktion im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA)

Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA)

Mitglied im Ausschuss für Konstitutionelle Fragen (AFCO)

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET)

Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten

Stellvertretendes Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China

### Ansprechpartner für Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Schleswig-Holstein

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60, WB 03M033, B-1047 Brüssel  
Telefon 0032 228 45 893  
helmut.scholz@ep.europa.eu  
www.helmutscholz.eu

 @HelmutScholzMEP



Vereinte Europäische Linke • Nordische Grüne Linke



Die Delegation  
DIE LINKE.  
im Europaparlament online:

[www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu)



@DieLinkeEP



LINKEimEP



LinkImEP



DIE-LINKE-im-Europaparlament

**DIE LINKE.**  
IM EUROPAPARLAMENT